

# Kniefall vor dem Westen

**Belgrad liefert Expräsident der Serbischen Republik Krajina an Den Haag aus**

*Cathrin Schütz*

Am heutigen Montag wird mit Goran Hadzic der letzte vom Jugoslawien-Tribunal (ICTY) Angeklagte, der sich auf freiem Fuß befand, den Richtern vorgeführt. Der ehemalige Präsident der zu Beginn des Jugoslawien-Krieges selbsternannten Serbischen Republik Krajina in Kroatien war vergangene Woche in Serbien verhaftet und nach Den Haag überführt worden. Er soll während seiner Präsidentschaft von 1992 bis Ende 1993 mit anderen Serben den Plan verfolgt haben, alle Nichtserben aus dem von Serben dominierten Gebiet Kroatiens zu vertreiben, um es zum Teil eines neuen, serbisch kontrollierten Staats zu machen.

Hiesige Medien üben sich wie gewohnt in Vorverurteilung. Tatsächlich war die Ausrufung der Serbenrepublik im Dezember 1991 eine Reaktion auf die Sezession Kroatiens von Jugoslawien und die Verfolgung der kroatischen Serben. Unter dem kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman, der das Land 1991 mit deutscher Unterstützung in die Unabhängigkeit führte, kam es zu Massenkündigungen, Aufforderungen zum Verlassen des Landes wurden an die Häuser der Serben geklebt. In einer als illegal erklärten Volksbefragung entschieden sich die kroatischen Serben für den Verbleib in Jugoslawien. Schon Monate vor der Anerkennung Kroatiens durch den Westen und dem Kriegsausbruch zerstörten Kroaten in der »Dalmatinischen Kristallnacht« mit Hilfe ortsansässiger Polizei serbische Geschäfte und Häuser in Zadar. In der »Nacht der langen Messer« wurden über 100 serbische Zivilisten gefoltert und ermordet.

Für Serbien ging mit der Überführung Hadzics am vergangenen Freitag ein Kapitel zu Ende. Viele Jahre wurde das Land von der Europäischen Union (EU) und den USA zur Kooperation mit dem Ad-hoc-Tribunal gedrängt. Ausländische Hilfgelder und zahlreiche Abkommen wurden auf Eis gelegt. Die serbische Regierung hatte bereits im Mai den bosnisch-serbischen General Radko Mladic verhaftet und nach Den Haag überführt. Das von der Regierung ersehnte Ziel der Aufnahme in die EU, das mit der Folgsamkeit in Sachen ICTY untrennbar verbunden wurde, wird die prowestliche Führung allen Versprechen zum Trotz mit der Auslieferung des letzten Flüchtigen wohl dennoch nicht erreichen. Aus Deutschland verlautet, daß die BRD die Aufnahme blockieren werde, bis das Land die südserbische Provinz Kosovo als Staat anerkenne. Das von ehemaligen UCK-Terroristen geführte Kosovo hat sich 2008 völkerrechtswidrig von Serbien abgespalten. Der Europarat wies unlängst dem Kosovo-Regierungschef und anderen UCK-Rebellen die Beteiligung an Organraub und Menschenhandel nach. Daß man nun offenbar von der sonst so folgsamen Tadic-Regierung die Aufgabe des Kosovo, der Wiege des orthodoxen Serbentums, verlangt, zeigt einmal mehr, daß Serbien kein Ende der immer neuen Forderungen erwarten kann.

Anders als im Falle Mladics, der Teilen der serbischen Bevölkerung als Held gilt, der als oberster Militär die bosnischen Serben gegen die vom Westen unterstützten bosnischen Muslime verteidigte, zeigt sich angesichts der Auslieferung des weniger symbolträchtigen Hadzic nur leise Empörung. Die Ablehnung des ICTY ist im serbischen Volk jedoch weit verbreitet. Anders als im Falle der kroatischen, bosnisch-muslimischen oder kosovarischen Kriegsparteien ist fast die komplette ehemalige politische und militärische Führung der Serben angeklagt. Die Rechtsprechung des ICTY zeigt, daß es weniger um Wahrheitsfindung als um die Abstrafung der Serben und die Vertuschung der westlichen Beteiligung an der vor allem von Deutschland und den USA betriebenen Zerschlagung Jugoslawiens geht.

*Junge Welt, 25.07.2011*